

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1,25 und 1,50 Reichsmark, beim eigenen Postamt befristet. — Zusatzt: Ausland unter Streifenband 1,35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. 8-11 Uhr. Beilagen unter 20 Pfennig 15 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 377.

Nr. 12.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 15. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Laß den Schwächling angstvoll zagen!
Wer um Hohes kämpft, muß wagen;
Leben gilt es oder Tod!
Laß die Wogen donnernd branden,
Nur bleib immer, magst du landen
Oder scheitern, selbst Pilot.

Gneisenau.

Umschau.

Gold-Entente. — Frankreichs Reparationskapitalismus. — Die soziale Belagerung Deutschlands. — Die Hege-
monie Negro-Galliens. — „Nem! Nem! Soha!“ —
Vor Genf.

Als wir im vergangenen Jahre an dieser Stelle dar-
auf hinwiesen, daß Frankreich, dank der deutschen Tri-
bute, der Bankier Englands zu werden beginne und daß
bei der innigen Verquickung, die in der modernen Welt-
geschichte zwischen Gold und Politik besteht, es sehr nahe
liege, daß nicht nur der Londoner Geldmarkt, sondern
auch die englische Außenpolitik in immer weitere Abhän-
gigkeiten von Paris gerate, da meinte ein Aufwärts-
leser, eine solche Entwicklung der Dinge sei doch so gut
wie ausgeschlossen. Es sei doch ganz undenkbar, daß
England (das reiche England!) sich um des Mammons
willen in das Schlepptau der Franzosen begeben. In-
zwischen hat in Paris eine englisch-französische Finanz-
konferenz stattgefunden, über die wir bereits vor acht
Tagen berichteten, und alle Blätter der Welt rufen es
wider, daß sich England auf dieser Konferenz des Gol-
des wegen tatsächlich in das politische Schlepptau Frank-
reichs begeben hat. Daß einige amtlich beeinflusste Zei-
tungen Englands und Frankreichs diesen wohl zweifels-
freien Tatbestand abzuleugnen versuchen, hindert nicht,
daß wir sehr wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen
gelegentlich der bevorstehenden Völkerbundsratsstagung
die Auswirkungen der neuen englisch-französischen En-
tente sehr deutlich zu spüren bekommen werden.

Aber das französische Gold, das gerade während der
letzten Wochen immer aktiver in das politische Geschehen
eingegriffen hat, ist ja nicht nur in England, sondern auch
in einer ganzen Reihe anderer europäischer Staaten,
ja, selbst in der Türkei, in Persien und Japan auffällig
mobil geworden. Es ist bekannt, daß Frankreich den
Polen eine neue Anleihe in Höhe von 2 Milliarden
Francs gewährt hat, die in der Hauptsache zur Fertig-
stellung der verschiedensten strategischen Eisenbahnen Po-
lens Verwendung finden soll. Es handelt sich nicht allein
um die bekannte Eisenbahnlinie Oberschlesien-Odingen,
sondern auch noch um andere Bahnlinien, die durchweg
dem politischen Aufmarschplan gegen den deutschen
Osten entsprechen. Wie wir in einem führenden Wirt-
schaftsorgan lesen, besteht der polnische Preis für diese
neue französische Anleihe darin, daß nach dem Nordteil
nun auch noch der Südtail der Kanonenbahn Oberschle-
sien-Odingen für fünfzig Jahre an Frankreich verpac-
tet wird.

Daß der französische Rüstungsindustrielle Schneider-
Creuzot die tschechischen Skodawerke (das Herz der süd-
osteuropäischen Rüstungsindustrie) unter seinen domi-
nierenden Einfluß gezwungen hat, haben wir im „Auf-
wärts“ schon früher näher erörtert. Wir fügen ergän-
zend hinzu, daß sich das kapitalistische Interesse Schnei-
der-Creuzots neuerdings auch auf den westlichen Teil der
tschechoslowakischen Rüstungsindustrie erstreckt. Daß
Schneider-Creuzot hierbei Hand in Hand mit den im-
perialistischen Interessen Frankreichs arbeitet, liegt so
klar auf der Hand, daß jedes Wort darüber überflüssig
ist. Aber auch in Südspanien, in Rumänien, in Belgien
und Spanien schmiedet das französische Gold immer neue
imperialistische Ränke, und daß es sich zur Zeit in ganz
besonderem Maße auch in Griechenland wieder einzu-
nisten beginnt, dient nur dem einen Zweck: die griechisch-
italienische Annäherung zu sabotieren und Griechenland
wieder zu einem rein französischen Söldling zu machen.
Aber auch bis zum fernen und fernsten Osten strömt das
französische Gold und sucht vor allem auch Japan einzu-
fangen, um sich auf diese Weise einen weiteren Bundes-
genossen im Kampf gegen die Revisionen und Abrüstungs-
forderungen Deutschlands, Italiens, Russlands und Un-
garns zu verschaffen. Das Tragische dieser höchst bedeu-
tungsreichen Vorgänge aber liegt darin, daß Deutschland
selbst es ist, das mit seinen Tributzahlungen Frankreich
in die Lage versetzt, diese ausgesprochen deutschfeindliche
Gold- und Machtpolitik zu betreiben.

Darum begrüßen wir es in unserem unablässigen
Kampf gegen die hemmungslose Erfüllungspolitik außer-
ordentlich, daß wenigstens Anzeichen vorhanden sind,

Zwei Zeitdokumente.

II.

Nachdem wir in einem ersten Artikel das nieder-
schmetternde Ergebnis einer Enquête des amerikanischen
Professors Betts über den „Glauben von 700 amerika-
nischen Geistlichen“ mitgeteilt haben, wenden wir uns
heute einem kürzlich in der Zeitschrift für Religions-
Psychologie erschienenen Aufsatz zu, der die Überschrift
trägt „Schwindender Kinderglaube“. Die Römer in
Leipzig hat diesem Aufsatz in der Zeitschrift „Geistes-
kampf der Gegenwart“ (1930) Seite 188 ff eine Bespre-
chung gewidmet, der wir das Folgende entnehmen. Wie
schon angedeutet, wurde das Fragebogen-Experiment
mit Schülern einer Real-Gymnasial-Vollanstalt einer
mitteldeutschen Großstadt angestellt. Die Fragebogen
wurden zur Vorbereitung einer Diskussionsstunde aus-
gegeben. Sie hatten also den Zweck, die Jugendlichen
zur Überlegung ihrer Zweifel zu veranlassen, damit diese
dann vom Lehrer erörtert werden könnten. Die Nieder-
schrift erfolgte anonym. Auch bestand ein persönliches
Verhältnis zwischen Jugendlichen und Lehrer. Von
einem Jugendlichen wurde die Vorlegung der Fragen
selbst freudig begrüßt, er meinte, daß dadurch eine Klä-
rung herbeigeführt werde.

Bei den Fragen handelte es sich um die Stellung des
Jugendlichen zur Person Jesu, zu Gott, zur Natur und
Fortleben nach dem Tode, zum Religionsunterricht, zur
Kirche, Konfirmation und zum Abendmahl.

Von vornherein stand bei den ermittelnden Antwor-
ten der Gesichtspunkt der Entwicklung, der Wandlung
des Kinderglaubens im Vordergrund. Von einem Teil
der „Versuchspersonen“ die 1927 im Alter von 16 bis
18 Jahren antworteten, standen dem Schulleiter 10 Nie-
derschriften zur Verfügung, die dieselben Schüler im Alter
von 13 und 14 bis 15 Jahren angefertigt hatten. Daher
hatten bei einer Auswertung der Niederschriften für
Forschungszwecke diese 10 Jugendlichen besonderen Reiz,
so daß der Fragesteller sich entschloß, die Untersuchung
auf diese 10 abzugrenzen, dafür aber die beiden zeitlich
auseinander liegenden Niederschriften miteinander zu
vergleichen.

Die Eltern der 10 gehörten insgesamt den „mehr
launen, wenig interessierten Kreisen“ an. An ihrer Ent-
wicklung selbst hatte das Elternhaus nur schwachen An-

teil. Tischgebet war in keinem der Häuser Sitte, zum
Gebet angehalten wurden vier Schüler früher (also
in der Kindheit), später nicht mehr. Auch zum Kirchgang
wurde die kleinere Hälfte nicht mehr angehalten. Diese
Milieugebung war natürlich nur auf Grund der weiter
zurückliegenden Niederschriften möglich, die einen Ein-
blick in die Zeit um die Konfirmation gestattete.

Dem abschließenden Ergebnis über die 10 sei hier nur
folgendes entnommen: „Man erlebt deutlich, daß der
Gottesglaube der Kindheit von der Naturwissenschaft
verflungen wurde.“ „Ein neuer Haß“ zeigt sich bei ein-
zelnen „in der Bewunderung der Gesetzmäßigkeit“. Der
Tradition gegenüber steigert sich die Neigung zur
Selbstständigkeit bis zur Verneinung. Kirchliche Anschau-
ungen vertritt nur ein Einziger, sonst ist jedes Zugestän-
nis sofort mit einer Abschwächung verknüpft. Lösung
vom Kindheitsglauben und Verneinung des Ueberkom-
menen begegnet man in überraschender Schärfe. Dort
wird das Abendmahl mit einem vollkommen abbrechen-
den Ausdruck der Gassenprache abgetan, hier die bibli-
sche Schöpfungsgeschichte als „vollkommener Unsinn“ be-
zeichnet. Mit Recht trägt die Abhandlung in der Ueber-
schrift in Klammern den Zusatz, „Zugleich ein Zeit-
dokument“. Damit soll sie auf die Zeitperiode der Krisis
hindeuten, in der wir selbst noch heute leben und die
sich in der Einstellung, auch der Jugendlichen bemerkbar
machen dürfte. Mit der Zeitkritik fällt die jugendliche
Entwicklungskrisis zusammen, wodurch sich die Bedeu-
tung der Untersuchung auch von dieser Seite ergeben
würde.

Wenn die beliebte Dreiteilung der gesamten Mensch-
heit, soweit es sich um ihre religiöse Stellung handelt,
richtig ist, daß man nämlich einen Teil als betont reli-
giös, einen anderen Teil als betont irreligiös bezeich-
nen darf, während ein dritter Teil die Mitte ausfüllt,
eine Schicht der Gleichgültigen oder Ungeklärten, hat die
hier vorliegende Untersuchung in die radikale und mitt-
lere Schicht geführt. So negativ einzelne Ergebnisse auch
ausgefallen sind, so sehr müsse aber doch von vornherein
betont werden, daß die Jugendlichen, die hier berücksich-
tigt sind, nicht radikal aktiv auftreten, also doch mehr
nach der mittleren Schicht hinweisen.

D. J. Genähr.

die zu einiger Hoffnung auf Verbreiterung unserer tri-
butgegnerischen Front berechtigen. Wir finden da z. B.
im letzten Heft der Geopolitik unter der Überschrift
„Nem! Nem! Soha!“ (Nein! Nein! Niemals!) einen Auf-
satz, dem wir folgendes entnehmen:

„Dem Deutschen, sollte man meinen, werden die ver-
heerenden Folgen des Versailler Friedens im eigenen
Vande hinreichend vor Augen geführt. Wer indessen da-
zu neigt, sich die Erkenntnis dieser traurigen und faul-
dicken Tatsache durch Erwägungen über die „überall
gleich auftretende allgemeine Wirtschaftskrise“ wegthe-
oretisieren zu lassen, der sollte, um den ganzen Jammer
des Pariser Friedenssystems zu überschauen, sich einmal
das Verwüstungsgebiet des Trianonvertrages ansehen.
Im Verheerungsgebiete von Versailles hat die Zerrei-
ßung des schlesischen Industriegebietes und die Schaf-
fung des Korridors ganze Industriezentren und Städte
im weiten Umkreis mit einer Arbeitslosigkeit bedeckt,
die die Arbeitsmarktkatastrophe im übrigen Reich um
viele überbietet und das abgetrennte Ostpreußen zu
einer bankrotten landwirtschaftlichen Subsistenzprovinz
macht. Die Industriearbeiter der annektierten Ge-
biete sind auf einen Lebensstandard herabgesunken, der
sich aus der Konkurrenz mit dem Agrarproletariat des
neuen Staates ergibt und noch tiefer zu sinken droht.
Im lothringischen Industriegebiet sind Gewerkschaften,
Lohnsätze, Arbeitszeitregelung weggesetzt, und in Frank-
reich selbst arbeitet der blühende Reparationskapitalis-
mus mit einem Heere von drei Millionen billiger Tage-
löhner, die in Polen, Spanien, Italien, Rumänien, Ga-
lizien zusammengezwungen und herdenweise herange-
schleppt werden. Er begründet mit diesen Objekten der
Ausbeutung und einer Anzahl von Negermischlingen sei-
ner Kolonialbevölkerung eine soziale Reaktion, wie sie
das westliche Europa noch nicht erlebt hat. Nimmt man
dazu noch die in einem gewissen Umfang neugeschaffene
Dumpingindustrie der Tschechien, so kann man, ein-
mal allein aus der Sphäre des Lohnarbeiterinteresses
zu sprechen, konstatieren, daß der Versailler-Vertrag am
Deutschland einen ganzen Gürtel sozialer Belagerung

zog. Ein in irgendeine Amtswürde gekletterter Senegal-
neger, der auf der diesjährigen Genfer Konferenz des
Internationalen Arbeitsamtes im Namen Frankreichs
und unter dem Beifall französischer Arbeitgeber weißer
Couleur das System der Zwangsarbeit verteidigte, ist in
mehr als einer Beziehung das traurigste Symbol
der Hegemonie Negro-Galliens über das neue Europa.“

Der Verfasser, der persönlich den Balkan bereist und
sich mit eigenen Augen von den verheerenden Folgen
der Friedensdiktate im Südosten Europas überzeugt hat,
schreibt dann mit Bezugnahme auf Ungarn folgendes:

„Ob man mit Bauern, Kellnern, Fabrikarbeitern
spricht, ihre Rede wendet sich sofort gegen die Sträf-
lingsrolle ihres Landes unter dem Trianonvertrag. An
Porten, Hauseingängen, Bürotüren ist das kleine Me-
dallion genagelt, auf dem die Karte Rumungarns
steht und die abgerissenen Gebiete, die eine bluttriefende
Dornenkrone umschließt. Und eine Aufschrift fragt den
Beschauser: „Soll das so bleiben?“ und antwortet selbst:
„Nem! Nem! Soha!“ (Nein! Nein! Niemals!). In der
rauchigen Arbeiterstube hängt wie im vornehmen Ho-
tel das große rote Plakat: Nem! Nem! Soha!“ Und wo
sich der Fremde mit dem Einheimischen unterhält, ent-
bietet dieser — auch ungewollt — die große Wunde:
Trianon!“

Ein Volk, das solchen Willen demonstriert, weiß, und
auch die Welt weiß, daß es so nicht bleibt. Pfarrer, Ho-
teldiener, betagte Arbeiterfrauen kennen alle Stacheln
und Schlingen des Vertrages, der ihr Volk drückt. (Wie-
viele Hoteldiener in Deutschland wissen von den deutsch-
polnischen Transportbestimmungen des Versailler-Ver-
trages oder von dem Hafen, den die Tschechoslowakei auf
Grund desselben Vertrages in Hamburg hat? Was ge-
sieht, um es sie wissen zu lassen?) Jeder zweite Erwach-
ene in Ungarn ist Mitglied der 1927 begründeten „Re-
visionsliga“, die nicht Parteifache ist, sondern Volksache,
und die in aller Welt bis hinüber nach Amerika für die
Revision des Trianonvertrages und den Schutz der un-
garischen Minderheiten in anderen Ländern mit erstaun-
licher Mithrighkeit und heiligem Eifer wirkt. „Würden

wir Ungarn sechzig Millionen zählen," sagte mir einer, "dann würde die Welt noch lange nur von uns reden!"

Der Erfolg? — Daß Ungarn keine „Reparationen“ mehr bezahlt, ist bekannt. Und seine Grenzen, die Triangrenzungen, sind heute keine Mauern mehr, sondern von der Flut der unübersehbaren Volksbewegung aufgeweichte Lehmbänke, von denen nicht zu sagen ist, wann und wo sie zuerst weggespült werden. Solche Ereignisse bringt „die Zeit“. Aber sie zu nützen, muß ein Wille da sein. Und Ungarn hat ihn. Allerdings ist es in jenem Lande auch nicht möglich, daß schleichender Landesverrat unter der Maske objektiver Tatsachenaufklärung dem eigenen Volke in Not und Kampf in den Rücken fällt. Den möchte ich sehen, der im Volk der Magyaren Aufregungen tun oder gar drücken lassen dürfte, die gegen das eigene Volk und dessen Interessen ausschlagen. Darum habe ich eine tiefe Ueberzeugung: daß Ungarn sich einst einen würdigen Platz schaffen wird: in seinem Inneren und unter den Völkern!

Sier begegnet sich unser Wollen mit dem des jungen Ungarn. So wenig wie Trianon darf Versailles bestehen — „Nem! Nem! Soha!“

Wer diese vorstehenden Ausführungen liest (die Ausführungen über Staatsform und dergleichen haben wir absichtlich — da von nebensächlicher Bedeutung — übergangen), der ist stark versucht, sie irgendeinem Angehörigen der nationalen Opposition auf das Konto zu setzen. Aber das ist ganz und gar nicht so, denn der Verfasser ist ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer und heißt Franz Josef Furtwängler. Das freilich ist eine andere Sprache, als wie man sie sonst aus den Reihen der Sozialdemokratie gewohnt ist. Es wäre ein unendlicher Segen für unser deutsches Vaterland, wenn sich auch die älteren Führer der Sozialdemokratie die aus eigener Anschauung gewonnenen Erkenntnisse dieses führenden Mitgliedes der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu eigen machen und in eine außenpolitische Front eintreten würden, die unter Zurückstellung aller innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten unbedingt erforderlich ist, wenn wir unsere außenpolitische Lage und damit unser Schicksal überhaupt zu einem Besseren wenden wollen. Dazu aber besteht leider wenig Hoffnung, denn wenn der „Vorwärts“ mit Bezug auf die deutsche Ostmark schreibt: „Es ist ein Unrecht, dieser Grenzmark einzureden, sie könne bei den heutigen Grenzverhältnissen nicht existieren“, dann ist das eine außenpolitische Unmöglichkeit, die dem Rufe „Nem! Nem! Soha!“ des sozialdemokratischen Furtwänglers geradezu ins Gesicht schlägt. Auch darüber müssen sich der „Vorwärts“ wie überhaupt die gesamte Linkspresse klar sein, daß sie mit ihrem prompt vor Beginn der Genfer Ratstagung einsetzenden Feldzug gegen die deutschen Revisionsforderungen alles tun, um die Stellung der deutschen Delegierten in Genf vollends zu erschüttern.

Reichsminister Brüning hat jetzt nach Abschluß seiner Ostreise gesagt, daß ihn „der ganze Jammer packte, schon allein durch den Umstand der Menschen, die solche Grenzen schaffen konnten, durch die neue Grenzziehung im Osten sei eine nie heilende Wunde gerissen worden!“ Damit hat Brüning einen zwar ganz selbstverständlichen Satz ausgesprochen, aber wir hoffen, daß unsere Delegierten in Genf mit derselben Selbstverständlichkeit für die Sache Deutschlands und der gemarterten Minderheiten eintreten. Mit den Methoden unserer bisherigen Außenpolitik geht es trotz der vielgerühmten „Sachlichkeit“ (auch „Sachlichkeit“ kann zum Verhängnis werden!) nicht mehr weiter. Ob Curtius der gegebene Mann ist, um die neuen Wege zu finden und zu beschreiten, mag dahingestellt bleiben. Es ist nicht Curtius allein, sondern es ist unser Gesamtkabine und die es stützenden Parteien, die für unseren außenpolitischen Kurs verantwortlich sind. Daß es sich hierbei nicht nur um rein politische,

sondern auch um wirtschaftliche Fragenkomplexe handelt, sei nur nebenbei erwähnt. Jedenfalls entscheidet über die Politik einer Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien nicht die „Sachlichkeit“ oder sonstige schöne Worte, mit denen man nichts anfangen kann, sondern allein der Erfolg!

Und auf diesen Erfolg wartet das deutsche Volk immer noch vergebens.

Die „blutende Grenze“.

Ein Franzose über die Korridorfrage.

Jaques Kayser, der im Auftrag der radikalsozialistischen „Republique“ eine Rundreise durch ganz Deutschland gemacht hat, berichtet jetzt über seine Eindrücke in Ostpreußen, insbesondere an der deutsch-polnischen Grenze. Es sei vergebliche Mühe, zu hoffen, so schreibt er, daß Deutschland jemals den Gedanken aufgeben könne, Ostpreußen wieder mit dem Mutterland zu vereinigen. Zwei Flächen einer Wunde hätten vielmehr stets das Bestreben, sich wieder zu vereinigen. Man brauche nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um auch die schärfsten Gegner einer Wiedervereinigung zu überzeugen.

Man habe jedoch Deutschland nicht nur in zwei Teile geteilt, sondern zum Überfluß dem besiegten Gegner noch eine Reihe unnützer Beleidigungen zugefügt, die nicht ein Hindernis für eine Verständigung sein würden. Der Korridor, der Ostpreußen vom übrigen Deutschland trenne, sei eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes.

Die politische Grenze, die sich in zwanzig Meter Entfernung an der Weichsel entlangziehe, habe das Leben der dort wohnenden deutschen Bevölkerung in ihren Grundlagen erschüttert. Damit jedoch nicht genug, habe man zum Beispiel Gransee und Bischofswerder von ihren Bahnhöfen getrennt und mit einem Schläge das ganze Wirtschaftsleben erschüttert. Kayser berichtet sodann über die Zerstörung der Münsterwalder Weichselbrücke durch die Polen. Die Zerstörung habe nicht etwa gleich nach dem Kriege in der allgemeinen Erregung stattgefunden, sondern man habe die Brücke in den Jahren 1928 und 1929 kaltsblütig systematisch zerstört. Der Zugang zum Korridor, den man Deutschland versprochen habe und den man ihm bei Kurzebrach gegeben habe, sei illusorisch, denn der Übergang sei nur denjenigen gestattet, die mit allen notwendigen Papieren ausgerüstet seien und auch nur zu bestimmten Tagesstunden.

Die Schlußfolgerung, die Kayser aus seinen Beobachtungen zieht, geht dahin, daß man die „blutende Grenze“ durch eine gerechtere Grenzlinie ersetzen müsse, wenn man sich nicht sogar der Auffassung anschließen wolle, daß die Frage der Grenzregelung weniger wichtig sei, da doch das ganze Problem des Korridors endlich einmal gelöst werden müsse.

Praktisches zur Ansiedlung in Ostpreußen.

In einer der letzten Nummern wurde über die Absicht, westdeutsche aus dem Osten fliehende Industriearbeiter dort hin zurückzuführen, berichtet, um ihnen einen neuen Lebensinhalt und ein kleines Eigentum zu verschaffen. Heute folgen daher einige praktische Fragen zur Finanzierung dieser Siedlung. Eingehende Auskunft und gedrucktes Material verleiht der Evangelische Siedlungsdienst, Bielefeld, Altkirchplatz 2.

In Ostpreußen ist die Möglichkeit gegeben, unter günstigen Klima- und Bodenverhältnissen in den verschiedensten Gegenden Siedlungen der verschiedensten Größen

zu erwerben. Die Siedlungen entstehen durch Aufteilung von Gütern auf altem Kulturland.

Die Ostpreussische Bau- und Siedlungsgesellschaft, Königsberg, legt im Rahmen von Familienbetrieben Rentengüter in verschiedenen Größen zwischen 8 und 60 Morgen aus.

Die 8 bis 15 Morgen-Stellen sind für Siedler bestimmt, die außerhalb ihrer Siedlung eine feste Beschäftigung haben.

Die größeren Stellen bis zu 30 Morgen sollen ihren Besitzern eine Eigennahrung dadurch verschaffen, daß er neben der landwirtschaftlichen Nutzung des Landes irgend einen besonderen Erwerbszweig (Geflügelhaltung, Gartenbau usw.) in den Rahmen seiner Wirtschaft einfügt, oder sie können mit Handwerkbetrieben besetzt werden, die selbstständig auf ihrer Stelle ihre Gewerbe ausüben.

Die häuslichen Stellen von über 30 Morgen Größe ernähren den Siedler durch rein landwirtschaftliche Nutzung des Landes.

Die Ausstattung und die Kosten derartiger Siedlungen seien an fünf Beispielen (12, 20, 30, 40 und 60 Morgen) erläutert. Bei der 12- und 20-Morgen-Stelle kann man im Durchschnitt mit einem Landpreis von ca. 250.— Mark je 1/4 Hektar rechnen, bei den größeren Stellen ist eine Ermäßigung auf durchschnittlich 220.— Mark je 1/4 Hektar möglich.

Die Stellen erhalten: 1. Ein Wohnhaus mit 2 Stuben, Wohnküche, Keller und ausgebautem Dachgeschoß, Herd und Ofen; 2. einen geräumigen Stall, der nach Möglichkeit eine Stalleinrichtung erhält; 3. eine Scheune (Der Stall ist entweder an die Scheune oder an das Wohnhaus angebaut); 4. einen Brunnen mit Pumpe; 5. 20 Obstbäume und Sträucher; 6. die volle Ernte einer Fläche, die der Größe der Stelle entspricht.

Die Kosten betragen: 1. bei einer Stelle von 12 Morgen: Land- und Gebäudepreis insgesamt zirka 12 500.— Mark. Die Anzahlung muß mindestens ein Zehntel des Gesamtpreises betragen. Im allgemeinen ist eine Anzahlung erforderlich von zirka 1500.— Mark. Die restlichen 11 000.— Mark werden durch Reichs-, bezw. Staatskredit gedeckt. Für Inventar ist ungefähr erforderlich ein Betrag von 1 000.— Mark.

2. Bei einer Stelle von 20 Morgen: Land- und Gebäudepreis insgesamt zirka 15 000.— Mark, die erforderliche Anzahlung beträgt zirka 1 800.— Mark. Für Inventarbeschaffung ist ein Betrag von zirka 2 000.— Mark erforderlich.

3. bei einer Stelle von 30 Morgen: Land- und Gebäudepreis insgesamt zirka 17 600.— Mark. Die erforderliche Anzahlung beträgt zirka 2 000.— bis 2 200.— Mark. Für Inventar ist ein Betrag von ungefähr 3 000 Mark erforderlich.

4. bei einer Stelle von 40 Morgen: Land- und Gebäudepreis insgesamt zirka 20 800.— Mark, die erforderliche Anzahlung beträgt zirka 2 500.— Mark.

5. bei einer 60-Morgen-Stelle: Land- und Gebäudepreis insgesamt zirka 28 700.— Mark, die erforderliche Anzahlung beträgt ungefähr 3 000 bis 3 500.— Mark.

Auf allen Stellen braucht der Siedler bis zum 1. 7. des Jahres, das auf den Zugang folgt, für den Reichskredit keine Zinsen zahlen. Weiterhin wird er auf den Zeitraum von 5 Jahren von der Grundvermögenssteuer befreit. Er zahlt keine Grunderwerbssteuer; Stempel- und sonstige Gebühren sind bei der Uebernahme einer Stelle nicht zu zahlen.

Bei der Flüssigmachung des notwendigen Anzahlungs- und Einrichtungskapitals helfen die Provinzialverwaltungen von Westfalen und Rheinland durch gering vergünstigte Darlehen (4 Prozent), die von der Lan-

Zwei hochpolitische Bücher!

Auf zwei kleinere kürzlich erschienene Bücher sei verwiesen, die wegen der fachlich hervorragenden Behandlung aktueller politischer Gegenwartsprobleme Beachtung verdienen.

Das erste grundsätzlicher Art: „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“, von dem Heidelberger Privatdozenten der Staatswissenschaften Dr. Arnold Bergsträßer, Preis RM 4.—, bei Duncker und Humblot, München, in der berühmten Reihe: „Wissenschaftl. Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte“, in der u. a. Max Webers Vorträge „Politik als Beruf“, Wissenschaft als Beruf“, Carl Schmitts „Die geistesgeschichtl. Lage des heutigen Parlamentarismus“ erschienen sind.

Der Verfasser macht den Versuch, das Problem der Verständigung zwischen Nationen in seiner politischen, wirtschaftlichen, geistigen, ja, religiösen Vielgestaltigkeit, gegenüber der Verschiedenheit schlagworthafter Vorstellungen mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu klären. Nicht durch begrifflich abgeleitete Abstraktionen und Definitionen, sondern durch Aufweisen der natürlichen Kräfte, die in Gestalt und Geschichte der europäischen Nationalstaaten tief verwurzelt, eine Verständigung zwischen diesen Nationen einerseits sinnvoll machen, sie andererseits aber begrenzen. Ohne doch selbst „in erster Linie Wege weisen zu wollen“, wird gerade durch diese Art wissenschaftlicher Untersuchung des Buch wertvoll und erfüllt die — wie wir glauben — Wissenschaft allein rechtfertigende Aufgabe: ein unmittelbares Verhältnis zur Wirklichkeit der Erscheinungen zu vermitteln.

Die zahlreichen Verständigungsversuche werden auf ihre Echtheit und Bedeutsamkeit geprüft. So auf politischem Gebiet die seit dem Locarno-Vertrag grundsätzlich neue Methoden in zwischenstaatlicher Beziehung anstrebende deutsche Außenpolitik, Gründung und Tätigkeit des Völkerbundes, Schiedsgerichtsbarkeit, Minderheitenschutz u. a. . . Auf wirtschaftlichem Gebiet: internatio-

nale Arbeitsteilung, Weltwirtschaftskonferenz, kapitalmäßige Verschönerung (Fusion, Vernetzung, Anleihegewähr), Zollunion. Im Bereich der öffentlichen Meinung die Pan-Europa-Illusion des Grafen Coudenhove mit dem Ziel der Vernichtung staatlich-territorialer Souveränität, der Sozialismus revolutionärer und revisionistischer Prägung, und die an rein menschliches Empfinden rührende „Nie wieder Krieg“-Bewegung.

In Politik und Wirtschaft erscheint Verständigung als Weg, nicht als Ziel, den zu gehen die jeweilig konkrete Lage bestimmt. Denn das tatsächliche Geschehen läßt erkennen, daß bei der Duplizität der Deutung internationaler Vereinbarungen, auf der überhaupt erst die Möglichkeit ihres Zustandekommens beruht, zwar neue Formen der Diplomatie gegenüber dem System der Noten und Demarchen gefunden sind, die Grundlage der europäischen Politik: „die außenpolitische Dynamik der großen Mächte“, jedoch nicht erschüttert worden ist.

Daß auch für die Wirtschaft in ihrer nationalstaatlichen Gebundenheit das Streben nach Macht der dominierende Faktor ist, der sich wirtschaftlicher Mittel bedient und eine strukturell umgestaltende wirkende Verständigung durch Herauslösen einzelner wirtschaftlicher Interessen aus dem Zusammenhang der nationalen Wirtschaftsentwicklung und -politik nur dann ermöglichen würde, wenn sie auf der Berücksichtigung der Interessen nicht mehr der Produzenten, sondern der Konsumenten aufgebaut wäre, die aber eine Gleichartigkeit der industriellen und sozialen Auffassung wie auch eine geistig-kulturelle Angleichung voraussetzt.

In der Ueberwindung dieser Möglichkeiten, gerade der letzteren, begründet auf geschichtsphilosophischen Spekulationen, liegt die Gefahr der rein geistigen Verständigungsbewegungen, in deren konstruktiven Ideen und einfachen Formeln eine verführerische Kraft lebt. Mit denen andererseits aber auch ein Nationalismus gemeinsam hat, daß sie nicht eigentlich auf das Wesen des Menschen und seine Bildung, sondern auf seine Leidenschaft und seine Ueberzeugung eingestellt sind.“

Demgegenüber, unteilbar, unorganisch, schicksalsmäßig „die formende Gewalt des nationalen Ganzen“, weder für „Verbände“ noch für „Klassen“ fassbar, wandelbar, mittelbar. Einmal aus der religiösen Einheit des christlichen Abendlandes der Vergangenheit entbunden, aller Angleichung der äußeren Lebensformen zum Trotz, liegt in der nationalen Sonderung, „in dem unantastbaren Wuchs des anderen, dessen Begreifen um so eher zu erwarten ist, je stärker und feiner die eigene Wesenheit ausgebildet ist“, die Kraft nationalen Fajens, in der Sinn und Grenzen der Verständigung zutiefst beschlossen sind.

Das Buch, in dem auf 90 Seiten unendlich viel gesagt ist, ist nicht immer ganz leicht zu lesen, dadurch, daß es in die Hintergründe des politischen Lebens hineinschaut, sie in ihrer soziologischen Bedeutung betrachtend und bewertend, anders als es der entscheidungsschnelle, nativistische „Politikus“ gewohnt ist. So hilft es zur Bildung eines uns notwendigen und doch unheimlichen, wirklich politischen Urteilsvermögens.

Das zweite Buch ist eine soziologische Studie von Dr. E. W. Eschmann: „Der faschistische Staat in Italien“, in „Jedermanns Bücherei“ (Verlag Ferd. Hart, Breslau, Preis RM 3.50). Vielleicht das beste der hier erschienenen, über englisches, französisches und sowjetrussisches Staatsleben orientierenden Bändchen.

In großen Zügen zeigt der Verfasser die Entstehungsbedingungen des faschistischen Staates, deren Verschiedenartigkeit (Wirtschaftsstruktur, praktische politische Sozialismus, geistige „Freiheitsbewegung“) dem faschistischen Gedanken einerseits eine starke Elastizität, Wandlungs- und Gestaltungsfähigkeit, andererseits durch die Zusammenfassung einer faktisch-hegemonialen Staatsidee doch eine einheitliche Stöckkraft gegeben hat, — im folgenden seinen verfassungsmäßigen Aufbau, in dem sich in bewußt kluger Absicht, wenn auch umformend, revolutionäre mit geschichtlich gewordenen Einrichtungen verbinden (König — Regierungschef, Partei — Kammer), sowie sein Tätigwerden in Rechtsprechung und Verwal-

desbank als Häuser, Land, Abfindung von gen Krediten zu neuen Verfam-

Die für da

Ausicht genom

Für den B

tag, den 18. J

senkirchen-Neu

Für den B

nuar 1931, 17

Für den B

nuar 1931, 20

Für den B

nuar 1931, 20

kirche, Vorst

Für den B

Januar 1931,

schule, Mühlen

Für den B

28. Januar 19

Moltkestraße

Für den B

den 29. Januar

II. Kampstraße

Für den B

nuar 1931 um

Mugaststraße

Für den B

Sonnabend, de

Gemeindehaus,

Für den B

19. Januar 19

Steinfstraße 17

Für den B

feld, Dienstag

Jugendhaus, V

Für den B

21. Januar 193

in der Brang

Für den B

nuar 1931, 20

Antoniterstraße

Für den B

nuar 1931, 20

straße 9.

Für den B

den 24. Janua

dehaus, Nocht

Es findet a

17 Uhr in Gels

haus, Mühlen

harten, Parre

der Gebetsvere

Versammlungs

befprochen wer

Mitarbeiter sin

Um

— Berlin

richt beim Mel

zu einer sonst

Anschluß dara

Erklärung

Mandate der

Mandats des

lung (Verhältn

nang, Kolonik

Kirche).

Die beiden

jauesten — ge

tional wichtiger

miseration des

dem Staat ein

Organisation d

war nicht aus

ßen ausgeleite

durch eine ver

Wirtschaftspoli

der produktive

wirtschaftlicher

im Innern ufr

durch eine gefe

schänkung der

fung des Ansch

und Buchhande

Jugend im be

der Bevölkerun

derung, der V

Familie usw.).

Im Anhang

wicklung und e

zeichnet und ei

Dieses klein

bewältigen un

sein Verfasser i

dankehaften Auf

des Faschismus

obachtende Hal

blehnung gef

ung mit dem

und schon alle

sen Zusammen

zur gründlichen

die Bildung eines Untersuchungsausschusses, gegebenenfalls unter Vorsitz des Präsidenten (Landes), erörtert. Sollte ein solcher Untersuchungsausschuss gebildet werden, so wäre also von dieser Ratstagung noch keine endgültige Stellungnahme des Bälverbundsrats zu der deutschen Beschwerde zu erlangen. Das ist im Interesse der deutschen Minderheit nur dann erträglich, wenn die Reichsregierung unter allen Umständen verhindert, daß die gewünschte Verschärfungstaktik des Bälverbunds in Aktion tritt. Die oberste deutsche Bevölkerung und auch die Grenzbevölkerung

ist durch die ständige Terrorisierung Deutscher durch Polen so gereizt, daß sie nur die Aussicht auf eine gerechte Sühne für diese Vergewaltigung des Rechts in Schach hält. Die Folgen einer Verschleppung wären unaussprechlich, wenn die Bevölkerung das Vertrauen zur Reichsregierung verlieren sollte, von der sie tatkräftige Wahrung ihrer Interessen und endlich den Minderheitenschutz fordert, dessen Garant der Völkerbund ist.

Was wir von Genf erwarten.

Appell an Reichsregierung und Völkerbund. — Gegen Verschleppung des Verfahrens.

In einer vom Verein für das Deutschtum im Ausland, dem Deutschen Ostbund, dem Schlesierverein, dem Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen, dem Memellandbund, dem Schleswig-Holsteiner-Bund sowie dem Saarverein einberufenen Versammlung Frankfurter Bürger wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Versammlung ihrer Entrüstung Ausdruck gibt, über den gegen deutsche Brüder und Schwestern im abgetretenen Gebiete von Polen verübten Terror und den dadurch begangenen Bruch des Genfer Vertrages.

Die Versammlung erwartet von der deutschen Reichsregierung, daß sie bei der bevorstehenden Monatsagung in Genf keine Verschleppung der Wahrheit und keine Verschleppung des Verfahrens dulde und sich nicht mit leeren Versprechungen abfinden lasse. Vom Völkerbund erwartet die Versammlung, daß er sich als Garant der bestehenden Verträge seiner dem Völkerbund im abgetretenen Gebiete gegenüber übernommenen Verpflichtungen bewußt werden und sich um ihre Erfüllung endlich ernstlich bemühen werde.

Zuvor hatte der bekannte oberösterreichische Reichstagsabgeordnete Prälat Ullrich eine von lebhaftem Beifall öfters unterbrochene Anklage gegen den polnischen Terror in Ostoberschlesien gehalten.

Immer noch Militärkontrolle.

Die deutschen „Müßungen“ sollen untersucht werden.

Die Pariser Völkerverkonferenz, die man schon längst für abgetan hielt, läßt wieder einmal von sich hören. Nach mehr als Jahresfrist ist sie wieder einmal zusammengetreten, um neue „Richtlinien“ für die Besetzung Deutschlands auszuarbeiten.

Wie aus Pariser Blättermeldungen hervorgeht, scheint die Völkerverkonferenz die Auflösung des sogenannten internationalen Militärkomitees von Versailles, dessen Vorsitzender früher der Marschall Foch war, und die Abwicklung der beschlossenen Geschäfte dem französischen General Daxier übertragen zu haben. Allem Anschein nach sollen über die nach Ansicht der Völkerverkonferenz „noch zu regelnden Fragen“ schriftliche Mitteilungen an Deutschland gemacht werden.

Nach den Ausführungen des „Petit Parisien“ hat es sich in der Sitzung der Völkerverkonferenz darum gehandelt, die deutschen „Müßungen“ einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Bei dieser genaueren Prüfung hätten der Konferenz die Unterlagen der in Berlin anwesenden Militärattachés zur Verfügung gestanden.

Die Völkerverkonferenz sollte lieber einmal dafür sorgen, daß die Alliierten endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung beginnen, zu der sie sich durch Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages ausdrücklich verpflichtet haben. Dort wartet ihrer eine viel dankbarere Aufgabe als in Deutschland, das bis zur Wehrlosigkeit entwaflnet worden ist.

60 Domänen in Gefahr.

Katastrophale Lage der Pächter.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich mit dem Haushalt der Domänenverwaltung. Hierbei stellte Staatssekretär Dr. Krüger fest, daß bei den verpackten Domänen ein erheblicher Rückgang in den Einnahmen zu verzeichnen sei.

Durch die Preis- und Absatzkrise habe die Lage der Domänen eine bedrohliche Gestalt angenommen. Der Osten sei schwer gefährdet, aber auch im Westen sei schon ein Rückgang zu verzeichnen. Etwa 60 Domänen seien gefährdet, ein Drittel stehe vor dem Zusammenbruch.

Man hofft, daß durch die Hilfe noch ein Teil gerettet wird. Man will den Pächtern entgegenkommen. Zur Gewährung von Darlehen stehen noch 1,2 Millionen Mark zur Verfügung. Die alten, bewährten Pächter sollen erhalten werden. Zur Sanierung sind bisher in 32 Fällen, zur Neuankündigung in 54 Fällen Darlehen von insgesamt 6,7 Millionen gewährt worden.

Weltkrieg droht auf deutschem Boden

Von General Ludendorff. Preis geheftet 0,90 RM. und Porto 15 Pfg. Dieses erschütternde Buch muß Jeder gelesen haben, der über das, was sich in den kommenden drei Jahren abspielen wird, unterrichtet sein will. **Vor rätig bei**

Hermann Mattenklodt, Verlag, Bielefeld 870

Postcheckkonto Hannover 49789. Neustädterstr. 4

Der französische Botschafter hat bei der deutschen Regierung das Verbot dieses Buches gefordert.

Liebhhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Schwere Streikunruhen

In Erfurt. — Ein Toter

— Erfurt, 13. Januar. Am Dienstag nachmittag gegen 17 Uhr kam es in Erfurt-Nord gelegentlich des Schichtwechsels in der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Pels u. Co. mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen, Streikenden und Erwerbslosen, wobei ein Arbeitswilliger gefährlich verletzt wurde. Ein geschlossener Trupp Erwerbsloser, der sich nach Erfurt-Nord bewegte, wurde polizeilich aufgelöst. Da die Räumung der Straße auf starken Widerstand stieß und die Posten fortgesetzt mit Steinen beworfen wurden, mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen. Hierbei wurde ein 28-jähriger erwerbsloser Maurer tödlich getroffen und eine weitere Person durch einen Armschuß schwer verletzt.

Grubenstilllegung im Siegerlande.

— Siegen (Westf.), 14. Januar. Nachdem andere Gesellschaften bereits früher zu Stilllegungen im Siegerländer Erzbergbau geschritten sind, sieht sich nunmehr auch die Vereinigte Stahlwerke A.-G. infolge zunehmender Absatzschwierigkeiten gezwungen, die Siegerländer Erzgruben „Neue Harde“ und „Bautenberg“ stillzulegen und nur noch Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Von der Maßnahme werden 750 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Erwerbslose von der Straße!

Ein Erlass des preussischen Handelsministers.

Der preussische Handelsminister ergreift mit einem Erlass an das Provinzial-Schulkollegium Berlin und die Regierungspräsidenten die Initiative in der Frage der Beschäftigung der Erwerbslosen. Er erucht, sofort an den Berufs- und Fachschulen geeignete Einrichtungen zur Beschäftigung erwerbsloser jugendlicher beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren im Benehmen mit allen beteiligten Stellen zu schaffen.

Von dieser Maßregel sollen die jugendlichen Arbeitslosen unberührt bleiben, die schon durch amtliche oder private Initiative erfasst und mit ausreichender wöchentlicher Stundenzahl betreut sind. Alle anderen dagegen sollen nunmehr zu einem Unterricht von 18 bis 24 Wochenstunden herangezogen werden, deren Verteilung auf die einzelnen Fächer durch die örtlichen Schulbehörden im Einvernehmen mit dem Gewerbeaufsichtsratsreferenten zu bestimmen ist. Besonders soll dieser Unterricht die beruflich-praktische und die staatsbürgerliche Seite der Bildung umfassen, außerdem aber auf körperliche Erziehung, Werkstätten-Ausbildung und ähnliches Rücksicht nehmen.

Die Verlängerung der preussischen Realsteuern.

— Berlin, 14. Januar. Der preussische Staatsrat stimmt der Verlängerungsgesetzes für die preussischen Realsteuern zu. Außer der Verlängerung bis zum 31. März 1932 sehen die Entwürfe einige Ergänzungen vor. Das Grundvermögenssteuergesetz wird z. B. dahin geändert, daß für Wohnungsneubauten, die nach dem 31. März 1924 fertiggestellt sind, nicht wie bisher eine fünfjährige, sondern eine achtjährige Befreiung von der staatlichen Grundvermögenssteuer eintreten soll, und daß für das neunte und zehnte Jahr nur die Hälfte der Steuer erhoben werden soll.

Abg. Herold †.

Der Alterspräsident des Reichstags einer Grippe erlegen.

— Münster, 13. Januar.

Der bekannte Zentrumsabgeordnete Landesparlamentarier Carl Herold ist am Dienstag in Voelkelinloe bei Münster i. W. im 83. Lebensjahre nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Grippe gestorben.

Abg. Herold gehörte seit 1889 dem Preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag an. Er war Mitglied der Reichstagskommission der Katholiken Deutschlands und saß seit 1906 im Vorstand der Westfälischen Zentrumspartei. Er war Ehrenvorsitzender der Partei, des Reichsparteivorstandes und des Reichstags- und Landtagszentrums. Seit langen Jahren fungierte er als Alterspräsident im Preussischen Landtag. Beim Zusammentritt des neuen Reichstags war er auch dessen Alterspräsident.

Die Reichstagskommission, die Reichstagsfraktion sowie die Landtagsabgeordneten des Christlich-sozialen Volksdienstes, behandelten auf einer Reichstagsung in

Stapel die gegenwärtige politische Lage. Nach eingehender Aussprache wurde der einstimmige Beschluss gefasst, daß der besondere Wert der gegenwärtigen Regierung darin beruhe, daß sie sich frei von parteiischen und fraktionellen Bindungen halte und die Kraft aufbringe, alle zur sachlichen Arbeit geeigneten und willigen Kräfte hinzunehmen. Mit starker Betonung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit allen Kräften eine Umstellung der Außenpolitik im Sinne einer aktiven Revisionspolitik zu erstreben. Die Forderung des deutschen Volkes nach Recht und Freiheit sei jederzeit eine Forderung des christlichen Gewissens. Der Reichstagsfraktion wurde einstimmig das vollste Vertrauen ausgesprochen und ihr für die zukünftige Arbeit im Reichstag volle Handlungsfreiheit gegeben.

Ein Ultimatum der Moslems

auf der englisch-indischen Konferenz.

— London, 14. Januar. Ein Ultimatum der Moslems hat die hochgespannten Hoffnungen auf einen baldigen friedlichen und erfolgreichen Ausgang der englisch-indischen Konferenz stark gedämpft. Ihr Vertreter erklärte, daß sie die neue Verfassung nicht annehmen könnten, wenn nicht die Ansprüche der mohammedanischen Minderheiten hinsichtlich der Vertretung in der gesetzgebenden Versammlung sichergestellt seien. Auch erhoben sie grundsätzliche Einwendungen gegen die Referatverträge des Generalgouverneurs und die finanziellen und sonstigen Vorbehalte. Der Vorfall hat in Konferenzkreisen große Aufregung hervorgerufen.

Heber's Jahr!

Abrüstungskonferenz erst am 15. Februar 1932.

Savas meldet aus Genf, daß der Völkerbundrat in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter der vorbereitenden Abrüstungskommission, Dr. Léon, als Termin für den Zusammentritt der internationalen Abrüstungskonferenz den 15. Februar 1932 vorschlägt, worauf sich auch die zuständigen Schweizer Behörden mit diesem Datum einverstanden erklärt hätten.

— Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsaussenminister Dr. Curtius zum Vortrag empfangen.

Was geht eigentlich in Amerika vor?

Diese Frage, die zunächst vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet lebhaft erörtert worden ist, fordert neuerdings in steigendem Maße ihr Recht auch im Blick auf die geistige Lage der „Neuen Welt“. Es scheint, als ob die zuweilen ein wenig kindlich anmutende Selbstsicherheit des amerikanischen Denkens neuerdings stark erschüttert sei. Das äußert sich nicht nur in einem wachsenden Verständnis für die kulturkritischen Erörterungen in Europa, sondern mehr noch in einer starken Aufgeschlossenheit für neue Gedanken und Fragestellungen. Einen interessanten Einblick in diese weithin überwachende Situation gewährt das Januarheft der bekannten Führerzeitschrift „Führerdienst“, wo der Holländer Dr. Visser't Hooft und Reichswart D. Erich Stange in 2 ausführlichen Aufsätzen diese Lage erörtern. Die Schilderung, die sich auf unmittelbare Eindrücke von Studienreisen in jüngster Zeit gründet, gewinnt dadurch an Bedeutung, daß beide Berichte in besonderer Weise auf die Lage in der jungen Generation Amerikas Bezug nehmen.

Um das staatliche Einspruchsrecht.

In dem Artikel von Dr. S. Störz zum evangelischen Kirchenvertrag (vergl. „Aufwärts“ Nr. 1) war u. a. die Befürchtung ausgesprochen, daß der staatliche Einfluß bei der Befolgung der obersten Kirchenämter sich bis auf die Superintenden ten erstrecken solle. Wir werden demgegenüber von einem sachkundigen Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß — wie auch aus der Presseerörterung der letzten Monate zu entnehmen ist — es sich immer nur um die letzten Stellen der Kirche, also in Altprovinz des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates und der Ämter der Generalsuperintenden ten gehandelt hat. Die Frage der Einbeziehung der Superintenden ten hat niemals den Gegenstand ernsthafter Erörterungen gebildet. Daß auch ein so begrenztes Einspruchsrecht des Staates sehr ernstlichen Bedenken begegnet, ist bekannt.

Junger Mann sucht, zwecks Vorbereitung für den Diakonen-Beruf, für sofort oder später

Stellung als Erziehungs-Gehilfe oder in sonstiger Jugendarbeit. Offerten unter A 1047 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kur-Anstalt Erholungsheim vegetarisch und Rohkost **Ebert** Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage Pastor Felckekuren. Prosp. freil

Hochgebirgs-Sonnenkuren Winter und Frühling im Ev. Erholungsheim Haselberghaus Goldern (Berne Oberland 1060 m. Sog. Allgäuer Pflege Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausvätern Illustr. Prospekt v. Hausvater

Eisen-Betten Schlaff. u. Holz. Kinderb., Polster, Chaisel., n. j. den. Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Ordnung des kirchlichen Lebens

Text mit Ansprache, Ausführungsanweisung und Vorwort. — Großoktav 10 Pfennig. Ev.-Soz. Präverbund für die Provinz Sachsen, Halle (Saale)

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

liehert als Spezialität die von den

= Posaunen-Chören =

bevorzugten Flögelhörner (Syst. Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunen ragen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute anstatt Jungchar um 4 Uhr allgemeine Jugendstunde im Junglingsaal des Altparkes (25 Pfg.). Abends 7½ Uhr der Familienkreis und Freunde (50 Pfg.).

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.